

Buchbesprechungen

Peter Biegelbauer (Hg.)

STEUERUNG VON WISSENSCHAFT? Die Governance des österreichischen Innovationssystems, Innsbruck/Wien 2010, StudienVerlag, 336 S., EUR 38,90 EUR.

Welche Formen der (Selbst-)Steuerung der Wissenschaften sind in Österreich zu erkennen, wann und warum haben sich diese entwickelt? Was sind die makro- und mikropolitischen Implikationen dieser Steuerungsversuche? Wie wirken Wirtschaft, Gesellschaft, Politik und Wissenschaft auf- und miteinander auf diese Steuerungsversuche? Mit diesen Fragen beschäftigt sich der vorliegende Sammelband, erschienen als Band 7 in der Serie *Innovationsmuster in der österreichischen Wirtschaftsgeschichte*.

Der Begriff „Governance“ im Titel spiegelt bereits die gesamtgesellschaftliche Betrachtungsweise und den Ausgangspunkt der Beiträge wider: Die Neuordnung der Grenzen zwischen Wirtschaft, Wissenschaft und Politik, Globalisierungsprozesse, und der verminderte Lenkungsanspruch des Nationalstaats, so Peter Biegelbauer im einleitenden Kapitel, kennzeichnen Innovationssysteme. Speziell für den österreichischen Kontext skizziert Biegelbauer drei Phasen in der Forschungs-, Technologie- und Innovationspolitik (FTI) der Nachkriegszeit. Abhängig von wirtschaftlicher, gesellschaftlicher und politischer Veränderung wurde das österreichische Innovationssystem phasenweise durchlässiger für neue Ideen und politisches Lernen in der FTI-Politik. Besonders wichtig für das Verständnis der gegenwärtigen FTI-Politik ist die Zunahme marktähnlicher Elemente in der Forschungsförderung der 1990er-Jahre. Zwar fand zugleich auch eine zunehmende Beschäftigung mit der sozialen Wünschbarkeit bestimmter Forschungsbereiche statt, die Zivilgesellschaft blieb von diesen Prozessen weitgehend ausgeschlossen – eine noch stets aktuelle Problematik, wie auch in den anderen Beiträgen gezeigt wird.

Ausgehend von diesem historischen Grundriss der österreichischen FTI-Politik bietet der Herausgeber Beiträge auf drei Ebenen, der Meso-, Makro- und Mikro-Ebene, d.h. der Ebene spezifischer Steuerungsversuche und -instrumente, der systemisch-strukturellen Ebene und der Ebene der Praxis.

Im ersten Teil beschäftigt sich zunächst Christof Aichner mit der Geschichte des Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) als Instrument der Selbststeuerung und bespricht die wechselhafte Entwicklung seiner Autonomie. Obwohl der Beitrag stark durch die Perspektive des FWF gerahmt ist, lassen Aichners Schlussfolgerungen durchaus generelle Einsichten zu, sicherlich für die Sozialwissenschaften, etwa bezüglich der EU als

Verstärker der forschungspolitischen Debatte, der Rufe zu einer stärkeren Bindung von Wissenschaft und Wirtschaft und der fragwürdigen Voranstellung des Handhabens politischer Probleme gegenüber dem Verstehen der Probleme.

Peter Biegelbauer beschäftigt sich anschließend mit der Entwicklung staatlicher Steuerungsinstrumente seit den 1980er-Jahren und zeigt an einer Auswahl an Technologie-Forschungsprogrammen Brüche und Kontinuitäten in den Steuerungsversuchen der vergangenen 25 Jahre. Anhand von Interviews mit BeamtInnen beobachtet er hierzu in den Zielsetzungen der Forschungsförderung durchaus Lernprozesse und Bereitschaft zu Veränderung, diagnostiziert allerdings auch Hindernisse in der Ausführung innerhalb historisch festgefahrener Strukturen.

Michael Dinges setzt diese Diskussion fort mit einer Untersuchung der öffentlichen, *top-down* gerichteten FTI-Projektfinanzierung und deren Stellenwert für den universitären Sektor wie auch für den Unternehmenssektor. Anschließend konzentriert sich Griebler auf biomedizinische Forschung und deren Regulierung in Österreich, wobei er auf wissenschaftspolitische und regulative Vermeidungsstrategien hinweist, sowie auf den fehlenden öffentlichen Diskurs in diesem Politikfeld. Ähnlich wie Biegelbauer und Dinges entdeckt Griebler zudem Kontinuitäten („Pfadabhängigkeiten“) in den betreffenden Entscheidungsfindungsprozessen.

Im zweiten Teil des vorliegenden Bandes versucht Karl Müller anhand einer Netzwerk-Aktoren-Analyse die systemischen Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Wissenschaft, Gesellschaft und Politik seit 1965 sichtbar zu machen. In diesem ambitionierten Unternehmen riskiert er allerdings, diese Netzwerke zu stilisiert darzustellen; auch weicht der teils recht komplexe Ton des Kapitels, das sich als Einziges dieses Sammelbandes mit der Makro-Ebene auseinandersetzt, von der sonst sehr zugänglichen Sprache ab.

Im dritten Teil des Buches erfolgt bei Fleck und König zunächst ein thematischer Wechsel hin zu den Sozialwissenschaften, andererseits auch ein methodologisch-analytischer hin zu einer Betrachtung der mikropolitischen Implikation von Steuerungsversuchen. Fleck setzt sich kritisch mit der Entwicklung der Soziologie in Österreich auseinander und betont die Rolle außeruniversitärer Forschung darin, insbesondere die des Instituts für Höhere Studien. Die Hindernisse, die der disziplinären Entwicklung in der Zweiten Republik im Wege waren, beispielsweise die Habilitationspflicht, sind bis heute noch von Bedeutung. Bezüglich der Forschungspolitik in der Soziologie kritisiert er unter anderem den mangelnden Bezug zur österreichischen Gesellschaft, welchen er mit der externen

Beurteilungspolitik des Wissenschaftsfonds erklärt. Ähnlich diskutiert König die Entwicklung der Politikwissenschaft und ihre sperrige Etablierung an Hochschulen und in der Berufswelt der Nachkriegszeit. Die Autoren der zwei Beiträge bieten dadurch informative Einblicke in die institutionellen, politischen und diskursiven Rahmenbedingungen und die entsprechenden Handlungsspielräume in den zwei Disziplinen. An dieser Stelle hätte womöglich ein zusätzlicher Beitrag über die ökonomischen Wissenschaften, deren Entwicklung einen interessanten Gegensatz sowie auch Parallelen bieten könnte, zusätzliche Einblicke geboten.

Während Fleck und König die Rolle von akademischen Profilen und spezifischen Biografien in den vergangenen Jahrzehnten besprechen, bieten Felt/Fochler eine Art Vorausblick für die Herausforderungen der jetzigen „generation post-doc“. Ihr diskursanalytischer Ansatz gepaart mit der konzeptuellen Brille der Wissenschaftsstudien ermöglicht es den AutorInnen, eine wissenschaftspolitische Diskurswende zu diagnostizieren: weg von einer „Politik der Nicht-Politik“ und hin zu einer aktiv strukturierenden „tacit governance“ von Wissenschaft und Innovation. Der Beitrag bietet zudem, mehr als andere in dem vorliegenden Sammelband, Einsichten in die genderspezifische Problematik im Forschungsalltag.

Zusammenfassend gelingt es den AutorInnen in einer Vielfalt an wissenschaftlichen Paradigmen, politischen Arenen, und untersuchten Forschungsbereichen gemeinsame FTI-politische Muster aufzuzeigen, die den österreichischen Kontext auszeichnen. Grießler, König und Fleck zeigen den Einfluss der Kirche und konservativer Parteien, während Biegelbauer, Müller, wie auch Grießler historisch sedimentierte, neo-korporatistische Muster der Entscheidungsfindung beleuchten. König, Fleck und Felt/Fochler bieten Einsicht in die ambivalente Entwicklung der Internationalisierung der Sozialwissenschaften in Österreich. Diese Ambivalenz fand beispielsweise im Widerstand Ausdruck, ehemals emigrierte österreichische Intellektuelle an österreichische Universitäten einzuladen; gegenwärtig zeigt diese sich in der Art und Weise, wie europäische Quellen in der universitären Forschung (nicht) genutzt werden (Fleck; König).

Eine gemeinsame theoretische Orientierung ist im vorliegenden Band allerdings kaum zu erkennen, noch strebt der Herausgeber konzeptuelle Innovationen, wie beispielsweise die des *governance*-Begriffs an. Wichtiger scheint allerdings das implizite Ziel, durch das Aufdecken historischer Muster und Ambivalenzen im österreichischen Innovationssystem neue Handlungsspielräume zu ermöglichen und Pfadabhängigkeiten zu unterbrechen. Angesichts der hier diagnostizierten historischen Tendenz zu Vermeidungsstrategien (Grießler), zur mangelnden Einbeziehung der Zivilgesellschaft (Aichner, Biegelbauer) und zur „Politik der Nicht-Politik“ (Felt/Fochler) im österreichischen Innovationssystem scheint ein solches Unternehmen von besonderer Relevanz in Zeiten der zunehmenden

Ökonomisierung der Forschung und Bildung. Somit ist dieser Sammelband nicht nur ein intellektuell wertvoller, sondern auch politisch notwendiger Beitrag zur österreichischen Politikwissenschaft – sowohl für die lehrende und forschende als auch die studierende Generation.

Katharina T. Paul (Rotterdam)

E-mail: paul@bmg.eur.nl

Diekmann, Irene A./Kotowski, Elke-Vera (Hg.)

GELIEBTER FEIND, GEHASSTER FREUND. Antisemitismus und Philosemitismus in Geschichte und Gegenwart, Berlin 2009, vbb, 752 S., 35,90 EUR.

Der vorliegende Aufsatzband ist eine Festschrift anlässlich des 65. Geburtstages von Julius H. Schoeps und Resultat einer Tagung, die im Juni 2007 am Moses Mendelsohn Zentrum in Potsdam stattfand. Die 31 Beiträge nähern sich dem Begriff des Philosemitismus begriffsanalytisch und historisch.

Eröffnet wird der Band von Wolfram Kinzig, der in seinem Beitrag einen Überblick über die vielfältigen Definitionen und Typologien des Phänomens gibt. Kinzig versteht Philosemitismus als „Interesse am Judentum in Verbindung mit einem intellektuellen und/oder praktischen Eintreten für das Judentum“ (S. 37). Festzustellen sei, dass der Begriff einerseits als heuristisches Instrument gebraucht werde, andererseits aber gerade bei Arbeiten die sich der deutsch-jüdischen Geschichte seit dem Kaiserreich widmen, zum politischen Instrument wird (S. 38). Erkenntnistheoretisch ergebe sich daraus die Frage, ob mit dem Philosemitismus „erst etwas entdeckt [wird], was man früher übersehen hat, oder [ob] aus den Quellen ein Phänomen konstruiert [wird], dessen ‚reale‘ Existenz mindestens fraglich ist“.

Klaus Faber und Lars Rensmann widmen ihren Beitrag den „Reflexionen zu einem ungleichen Begriffspaar“, dem Philo- und dem Antisemitismus, und weisen darauf hin, dass dem Philosemitismus bereits begrifflich die Distanzierung zur Sympathie für Juden und das Judentum inneohnt. „Nur im Verhältnis zu den Juden fand man sprachpolitisch Anlass, eine Distanzierung zur Sympathie durch die Gegenüberstellung zum Antisemitismus bereits in der Begriffsbildung anzulegen. Diese Sonderstellung (...) rückt ihn begriffshistorisch und konzeptionell (...) selbst in die Nähe einer antisemitischen Position“ (S. 77f.). Im Widerspruch zu Kinzig formulieren Faber und Rensmann, dass der Begriff des Philosemitismus „unterschiedliche Phänomene der Geschichte und Gegenwart (...) konzeptionell nivelliert“ (S. 86) und dieser deshalb nicht sinnvoll operationalisiert werden kann, und ziehen damit dessen Verwendung als heuristisches Instrument in Zweifel. Denn obwohl zu beobachten sei, dass Juden auch mit positiven Klischees belegt würden, sei die Aussonderung von „guten Juden“ fester Bestandteil des Antisemitismus.

Pedro Barceló, Gerhard Langer, Stephen G. Burnett und

Hans J. Hillerbrand untersuchen in der zweiten Sektion den Philosemitismus in der Antike und der frühen Neuzeit, das Mittelalter bleibt dabei unbeachtet. Die dritte und vierte Sektion widmen sich dem Philosemitismus im Kontext von Religionsphilosophie, Aufklärung und Philosophie. Den modernen Formen des Philosemitismus in Japan, den USA und Europa fokussiert der fünfte Themenblock. Elisabeth Kübler analysiert in ihrem Beitrag die Rolle, die Juden und Israel bei der Identitätsbildung Europas zugewiesen wird. Im Rahmen der europäischen Einigungsbestrebungen werde die Shoah zum negativen Gründungsmythos Europas. Dabei werde jedoch, wie Kübler kritisch ausführt, völlig vom Antisemitismus abstrahiert und die Shoah wird als Naturkatastrophe behandelt, die über Europa hereingebrochen sei. Kübler betont, dass die Bilder, die Europa sich von Israel macht, projektiv sind und mehr über das Selbstbild der Europäer als über Israel aussagen: „In einem sich selbst wider jeder Realität zusehends als postnational begreifenden Europa stößt das zu einem Gutteil entlang ethno-nationaler Kriterien definierte jüdisch-israelische Kollektiv und die Bereitschaft, dasselbe auch mit Waffengewalt zu verteidigen, auf Befremden“ (S. 399). Dem Idealbild europäischer Philosemiten entsprechen vielmehr „israelische Juden, die aus unterschiedlichen Gründen dem zionistischen Staat kritisch bis ablehnend gegenüber stehen, meist europäischer Herkunft und strikt antireligiös sind und (...) pauschal als ‚israelische, ja europäische‘ Juden vereinnahmt werden“ (S. 400).

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass der Sammelband einen wichtigen Beitrag zu einem Forschungsfeld liefert, dessen akademische Etablierung als eigenständiger Fachbereich erst noch ansteht. Zugleich verweist er aber auch auf die Probleme und Widersprüche des Philosemitismus: Die von Kinzig und Faber und Rensmann aufgeworfenen erkenntnistheoretischen und begriffskritischen Fragen werden in den Beiträgen allenfalls angesprochen. Ob der Philosemitismus epochenübergreifend, ob als heuristisches Instrument oder als deskriptiver Begriff verwandt werden kann, zuletzt, worin überhaupt das die Philosemitismen einigende Moment zu sehen ist, bleibt unklar. Vor allem aber fehlt es an dem Versuch, den Philosemitismus sozialpsychologisch zu erklären und damit die in ihrer Vielzahl im Sammelband beschriebenen empirischen Phänomene systematisch zusammenzuführen und theoretisch zu fundieren.

Marc Grimm (Augsburg)

E-Mail: marc.grimm@phil.uni-augsburg.de

Christine Resch/Heinz Steinert

KAPITALISMUS: PORTRÄT EINER PRODUKTIONSWEISE,
Münster 2009, Westfälisches Dampfboot, 311 S.,
24,90 EUR.

Zentrales Anliegen dieses Bandes ist es, die gegenwärtige Form der Vergesellschaftung als eine spezifische „Produktionsweise“ zu verstehen, worunter die Autorin und der Autor den „Basisvorgang“ meinen, „in dem das Überleben der Gesellschaft in einer bestimmten Weise organisiert ist“ (S. 49). Dass sich die Produktionsweise zur Periodisierung der Menschheitsgeschichte besser anbietet als, zum Beispiel, kunstgeschichtliche Zyklen oder schicke Gesellschaftsdiagnosen, liegt für Christine Resch und Heinz Steinert auf der Hand: nur so lässt sich ein Herrschaftssystem adäquat erfassen. Und Herrschaft, das impliziert Interessen und Konflikte, und die verständlich zu machen, ist es, was hier erreicht werden soll – im Gegensatz zu funktionsorientierten Gesellschaftstheorien, von denen die beiden VerfasserInnen nicht viel halten.

Das alles ist in sich plausibel; und dass es sich hier um einen marxistisch basierten „Einstieg“ handelt, braucht fast nicht mehr dazugesagt zu werden. Mit ihrem Buch haben Resch und Steinert den Versuch unternommen, eine Geschichte des Kapitalismus darzulegen und dabei nicht zuletzt auf Epochenunterschiede innerhalb dieses spezifischen, auf Profitmehrung ausgerichteten Herrschaftstyps hinzuweisen. Die sind bekannt, und daher beschäftigt sich der zweite Teil des Buches mit der nur mäßig aufschlussreichen, weil ohnehin schon recht gängigen Einteilung in Industrie-Kapitalismus, Fordismus und Neoliberalismus.

Die „Einstiege“ sind eine inzwischen etablierte Buchreihe im Westfälischen Dampfboot, dem linken Wissenschaftsverlag aus Münster. Sie zeichnen sich durch einen nicht-enzyklopädischen, eher subjektiv geformten Überblick zu einem zentralen Begriff der Gesellschaftsanalyse (und -kritik) aus. Und wenn Heinz Steinert – ein Stammautor des Verlages – am Werk ist, ist auch gute Lesbarkeit garantiert. Dass der „Kapitalismus“ so spät drankommt (in der Reihe nämlich als 19. Band), überrascht, hängt aber vielleicht auch damit zusammen, dass Michael Heinrich vor wenigen Jahren im Schmetterling-Verlag eine so präzise und stringente Analyse des Marx'schen Kapital-Begriffs vorgelegt hat, dass es schwierig ist, am deutschsprachigen Markt etwas zu publizieren, was darüber hinaus reicht. Die „Marxologen“ (wie Heinrich einer sein soll) mögen Resch und Steinert freilich gar nicht, was einerseits schade ist, denn von seinen ideengeschichtlich sehr genauen Ausführungen hätten auch Teile ihres Buches profitiert.

Andererseits liegen die Stärken des vorliegenden Bandes ohnehin woanders, nämlich in der „Aktualisierung“ einer Darstellungsweise, die etwas kokett (und ohne den Namen zu nennen) auf die frühe Frankfurter Schule der 1930er-Jahre zurückgeführt wird. Mag das nun stimmen oder auch nicht, jedenfalls machen Autorin und Autor einen gut gelungenen Entwurf, das historische (nicht logische!) Entstehen des Kapitalismus als Produktionsweise zu fassen. Der erste Teil des Buches ist als Einstieg vorzüglich. Das liegt daran, dass hier ein soziologisches (nicht ökonomisches) Denken am Werk ist, das gesellschaftliche Zusammenhänge und Entwicklungen nicht ableitet, sondern als historisch kontingent darstellt (was nichts dran

ändert, dass diese als nahezu undurchdringlich erscheinen).

Auch ans Ende jedes Kapitels gestellte, weiterführende Beispiele sind gut ausgewählt – eine Art unmittelbare Anschauungslehre, ein in Text gefasstes Didaktikkonzept, das Steinert, wenn er es schon nicht erfunden hat, so doch meisterlich ausübt. Ärgerlich wie so oft im deutschsprachigen Wissenschaftsbuch: kein Index. Das macht bei einem „Einstieg“ noch weniger Sinn als in irgendeiner anderen wissenschaftlichen Monographie. Wahrscheinlich liegt es am Kostendruck, dem neoliberalen.

Thomas König (Wien)

E-Mail: thomas.koenig@univie.ac.at

Vedran Džihić

ETHNOPOLITIK IN BOSNIEN-HERZEGOWINA: Staat und Gesellschaft in der Krise, Baden-Baden 2009, Nomos Verlagsgesellschaft, 439 S., 79,00 EUR.

Vedran Džihić publiziert mit *Ethnopolitik in Bosnien-Herzegowina* ein umfassendes Werk zur bosnischen Politik seit dem 1995 unterzeichneten Friedensabkommen von Dayton. Im Zentrum des Buches steht die kritische Analyse von Ethnonationalismus als politisches „Grundparadigma“, welches die bosnische Gesellschaft seit dem Ende des Krieges komplett durchdringt. Die daraus resultierende Ethnopolitik wird von den politischen Eliten als alternativlos propagiert. Den Begriff „Ethnonationalismus“ entwickelt Džihić aus einer Kritik gängiger Nationalismustheorien und vor dem komplexen Hintergrund bosnischer Nationalismen heraus, wobei er sich selbst in der Tradition der Kritischen Theorie und des Poststrukturalismus verortet. Besonderes Augenmerk wird auf die konfliktgenerierende Verschmelzung von Nation und Ethnizität gelegt: Die permanent von den politischen Eliten heraufbeschworenen Bedrohungsszenarien durch den „Anderen“ verhindern die demokratische Entwicklung Bosniens. Ein großes Problem ist dabei das Daytoner Abkommen, welches das ethnische Prinzip in den Vordergrund stellt, individuelle BürgerInnen als politische Subjekte deklassiert und somit keinen Bruch mit der Vergangenheit schafft, sondern den Krieg mit anderen – politischen – Mitteln fortsetzt.

Der analytische Teil der Arbeit beeindruckt durch die subtile Dekonstruktion von Ethnonationalismus als Macht- und Herrschaftstechnik. Džihić diskutiert zunächst die institutionellen und mentalen Grundlagen des Ethnonationalismus, die er unter anderem im jugoslawischen Kollektivismus und der sozialistischen Bürokratie verortet. Einen größeren Raum widmet der Autor dem Stellenwert der Religionen, die als primäre Trägerinnen des Ethnonationalen einen wichtigen politischen Stellenwert erlangen und zum Ausdruck nationaler Identität und schließlich Abgrenzung werden. Auch Wirtschaftsstrukturen spielen eine wichtige Rolle für die Aufrechterhaltung des Ethnonationalismus: Die bereits im Vorfeld des Krieges stark ausge-

prägten informellen Netzwerke verdichten sich im Krieg zu ethnisch-klientelistischen Strukturen, welche die formellen Institutionen des Staates herausfordern. Die Rolle der internationalen Gemeinschaft in Bosnien wird kritisch betrachtet: Deren Glauben an einen Automatismus in der demokratischen Entwicklung der bosnischen Gesellschaft führt zu einer falschen, abmildernden Einschätzung des Ethnonationalismus, wodurch letztlich eine demokratische Entwicklung behindert anstatt gefördert wird.

Auch der 2000 einsetzende Europäisierungsprozess kann den bosnischen Ethnonationalismus nicht durchbrechen. Zwar gelten alle entscheidenden politischen Kräfte in Bosnien als pro-europäisch, jedoch ohne die eigene Politik an europäische Werte anzupassen. „Europa“ wird von ethnonationalen Eliten für ihre Zwecke instrumentalisiert, was Džihić dazu bringt, einen neuen Begriff einzuführen, der diesem Phänomen gerecht wird: „Europäismus“ drückt die Sinnentleerung der „Europäisierung“ und ihren Missbrauch als eine weitere ethnonationale Macht- und Herrschaftstechnik aus.

Gleich zu Beginn weist der Autor auf die eigene Biografie als Kriegsflüchtling hin. Der offene Umgang mit der eigenen Subjektivität ist sympathisch und gibt dem Werk Transparenz. Ausführungen wie z.B. zu einem „parasitäre[n] Effekt“ der Ethnopolitik, deren Proponenten als „Machtusurpierende“ bezeichnet werden (S. 390f.) vermitteln jedoch Emotion. Nichtsdestotrotz beeindruckt die Analyse durch kritisches Hinterfragen von theoretischen Annahmen zu Staat, Nation und Transition sowie durch die umfassende empirische Aufarbeitung von Ethnopolitik und -nationalismus. Der Umfang der verwendeten Quellen und die Gründlichkeit, mit der sie verarbeitet werden, sind bemerkenswert; einige Schwächen im Lektorat fallen angesichts dessen nicht ins Gewicht. Mitunter gleitet das Werk ins Deskriptive ab, während der analytische Teil etwas mehr Raum verdient hätte. Gleichzeitig werden Gedankengänge nicht nur einmal aufgegriffen, so dass eine kompaktere Darstellung der Problematik durchaus möglich gewesen wäre.

Džihićs Werk beansprucht für sich, Bewusstsein und damit den Willen zur Veränderung zu schaffen – hier verortet sich der Autor noch einmal klar in der Kritischen Theorie; ebenso, wenn er am Ende des Werkes Lösungsvorschläge zum Durchbrechen des ethnonationalen Prinzips diskutiert: Während eine Zentralisierung des Landes weder machbar noch wünschenswert wäre, braucht es eine Zurückdrängung des Ethnischen als politisches Grundprinzip, um Bosnien zu einem lebensfähigen Staat zu machen. Letztendlich widersteht der Autor jedoch der Versuchung, ein Patentrezept anzubieten, das ohnehin nur scheitern könnte: „Was soll man tun? Ich weiß es nicht“ (S. 418). Bleibt zu hoffen, dass dieses Werk durch entsprechende Übersetzungen dem internationalen LeserInnenmarkt zugänglich gemacht wird.

Birgit Kunrath (Salzburg)

E-Mail: birgit.kunrath2@sbg.ac.at